

AG Europäische Integration

Die erweiterte EU braucht eine wirksame Nachbarschaftspolitik

Nach der großen Erweiterung von 2004 wird sich die EU prioritär der Aufgabe stellen müssen, die Integration der neuen Mitgliedstaaten zu leisten. Dies hat auch zur Folge, dass sie dringend eine wirksame eigenständige Nachbarschaftspolitik entwickeln muss.

Ziel der Nachbarschaftspolitik muss es sein, einen Raum gemeinsamer Werte, des Friedens, der Freiheit und der Prosperität zu schaffen. Mit der Erreichung dieses Ziels wird regional ein kooperatives Modell der Weltinnenpolitik verwirklicht, das globalen Vorbildcharakter haben kann.

Das Design der Nachbarschaftspolitik muss die Heterogenität der Teilregionen Südosteuropa, Osteuropa und Mittelmeerraum berücksichtigen. In Südosteuropa gilt es, die Regionalkooperation zu fördern sowie an Reformen geknüpfte Unterstützung zu gewähren. Gegenüber ihren neuen östlichen Nachbarn (Ukraine, Weißrussland, Moldawien) muss die EU ihre funktionale Kooperation unter Einschluss der Russischen Föderation ausbauen. Den südlichen Mittelmeeranrainern muss verstärkt eine wirtschaftliche Perspektive geboten werden, auch und gerade zur Stabilisierung der Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens.

Die EU verfügt bereits über eine Reihe von Instrumenten, mit denen sie die Ziele ihrer Nachbarschaftspolitik verfolgen kann, insbesondere die Handelspolitik und die finanzielle und technische Zusammenarbeit. Die EU sollte ihre begrenzten Haushaltsmittel dabei auf die Gestaltung und Umsetzung von Reformvorhaben konzentrieren: Demokratisierung, Justizreform, Sicherung der öffentlichen Ordnung, Aufbau funktionierender Marktwirtschaften, etc.

Finanzielle Unterstützung sollte nur denjenigen Nachbarländern gewährt werden, die mit der EU ein mittelfristiges Reformprogramm in den genannten (oder ähnlichen) Feldern vereinbaren und umsetzen (Konditionalitäten). Dabei ist die Parallelität zwischen politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Transformationsprozessen zu betonen.

In der Handelspolitik ist Freihandel nur insoweit anzustreben, wie dadurch die Reformbemühungen in einem Nachbarland ergänzt oder unterstützt werden. Für sich allein genommen, ist Freihandel nicht entscheidend für die Qualität nachbarschaftlicher Beziehungen. Die Europäische Investitionsbank sollte sich in der Investitionsförderung stärker auf die Nachbarländer der EU konzentrieren.

Der politische Dialog mit den Nachbarländern muss von einer gemeinsamen Definition von Zielen und Werten ausgehen. Integrationsfortschritte und Hilfen sind an verifizierbare Fortschritte bei den inneren Reformen hin zu mehr Demokratie, Konfliktlösungsbereitschaft und effizienter Wirtschaftspolitik zu binden.